

Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/3066 –**

Bereinigung von politischen Ungerechtigkeiten im Kalten Krieg

A. Problem

Der Antrag geht davon aus, dass es auch in der Bundesrepublik Deutschland Strafverfolgungen und Behinderungen der beruflichen Entwicklung aus politischen Gründen gegeben habe. Diese seien unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten nicht haltbar und politisch ungerecht. Die strafrechtliche Verfolgung und berufliche Benachteiligung sei vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und als dessen Bestandteil erfolgt und könne in Quantität und Qualität keinesfalls mit dem SED-Unrecht gleichgesetzt werden. Dennoch bleibe ein dunkler Fleck in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, der rechtsstaatlich nicht vertretbar sei.

10 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges sei es an der Zeit, den Betroffenen durch Rehabilitierung Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Einstimmig gegen die Stimmen der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/3066 – abzulehnen.

Berlin, den 19. Januar 2001

Der Rechtsausschuss

Dr. Rupert Scholz
Vorsitzender

Winfried Mante
Berichterstatter

Norbert Geis
Berichterstatter

Volker Beck (Köln)
Berichterstatter

Jörg van Essen
Berichterstatter

Dr. Evelyn Kenzler
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Winfried Mante, Norbert Geis, Volker Beck (Köln), Jörg van Essen und Dr. Evelyn Kenzler**I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Bundestagsdrucksache 14/3066 in seiner 114. Sitzung am 6. Juli 2000 in erster Lesung beraten und zur Beratung dem Rechtsausschuss überwiesen.

II. Beratung im Ausschuss

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage in seiner 65. Sitzung am 15. November 2000 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS beschlossen zu empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Dieser Antrag wurde zusammen mit den Anträgen der PDS auf den Bundestagsdrucksachen 14/3065 und 14/3067 beraten. Übereinstimmend erklärten die Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., dass auch durch den vorliegenden Antrag kein Beitrag zur Aussöhnung geleistet werde.

Die Fraktion der PDS erklärte, dass der vorliegende Antrag die Entschädigung für Berufsverbote während der Zeit des Kalten Krieges zum Inhalt habe. Der Antrag diene dem Ziel, 10 Jahre nach der Einheit eine innere Befriedigung zu erreichen.

Berlin, den 19. Januar 2001

Winfried Mante
Berichtersteller

Norbert Geis
Berichtersteller

Volker Beck (Köln)
Berichtersteller

Jörg van Essen
Berichtersteller

Dr. Evelyn Kenzler
Berichterstatte^rin

